

Genau vor einem Jahr, am 27. September 2014, konnte das Forum Weingarten sein 25 jähriges Bestehen feiern. Wir erhielten damals von vielen Seiten sehr viel Anerkennung für die in den 25 Jahren geleistete Arbeit.

Seither hat sich die Situation vollständig geändert. Da die Quartiersarbeit in Weingarten zu 95% aus dem Städtischen Haushalt finanziert wird, will die Stadt viel mehr Einfluss auf unsere Arbeit nehmen und die Rolle der Quartiersarbeit völlig neu definieren, nach dem Motto: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.“

Kurz einige Informationen zur Geschichte des Forums Weingarten: „Das Form Weingarten e.V. hat sich als Bewohnerverein gegründet, um das soziale, kulturelle und nachbarschaftliche Leben in Weingarten zu gestalten. Dem Forum ist es ein Anliegen, durch aktivierende Arbeit einen nachhaltigen Beitrag zum Erhalt des sozialen Friedens im Stadtteil zu leisten. **Das Forum Weingarten orientiert sich in seiner Arbeit am Willen und den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils.**“

Mit dieser Art der Gemeinwesenarbeit hatten die Stadtverwaltung, die Mehrheit des Gemeinderates und die Freiburger Stadtbau immer wieder Probleme, und diese spitzten sich zu, seit das Forum Weingarten sich am Bürgerentscheid gegen den Verkauf der Stadtbau und ihrer Wohnungen engagierte, und aktuell durch die schwierige Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand des Bürgervereins. Die Stadt legt jetzt dem Forum einen Entwurf für einen Förderbescheid vor, der nach unserer Überzeugung die Abkehr von unserem bisherigen Selbstverständnis und von einer sehr qualifizierten Quartiersarbeit, die in der ganzen Bundesrepublik anerkannt ist, und sogar bei der EU in Brüssel, wo unsere Geschäftsführerin darüber einen Vortrag hielt.

Wir möchten hier die wichtigsten inhaltlichen „Knackpunkte“ aufzeigen: Da ist zum ersten **das Neutralitätsgebot**: Bisher orientieren sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Interessen und dem Willen der Bewohnerschaft. Sie unterstützen sie bei der Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber der Vermieterin oder der Stadt. Sie unterstützen die Bürgerinnen und Bürger bei Verantwortungsübernahme für konkrete Belange im Stadtteil. Sie fördern die Beteiligung der Bewohner bei der Sanierung. Jetzt soll die Quartiersarbeit eine neutrale Vermittlerrolle einnehmen. Das bedeutet die Interessen der Bürgerinnen und Bürger bleiben letztendlich auf der Strecke, da es für viele äußerst schwierig ist, ihre Interessen gegenüber der aus ihrer Sicht übermächtigen Verwaltung durchzusetzen. Das führt zum Schluss zur Passivität vieler Bewohner und schadet damit dem Stadtteil, wenn sich die Bewohner nicht mehr für ihr Wohnquartier engagieren.

Zweites soll die Stadt zukünftig allein zuständig z. B. für Informationsveranstaltungen im Rahmen der Bauleitplanung sein. Die Quartiersarbeit soll die Bewohner motivieren, an den Informationsveranstaltungen teilzunehmen.

Dasselbe gilt für die Zuständigkeit der Stadtbau. Die Quartiersarbeit ist nicht mehr für die Bürgerbeteiligung bei Vorhaben des Programms „Soziale Stadt“ zuständig, obwohl die Bürgerbeteiligung bei der “ Sozialen Stadt“ einen hohen Stellenwert einnimmt, und dort

sogar gesetzlich vorgeschrieben ist. Ebenfalls darf sie sich nicht mehr zu wohnungspolitischen und mietrechtlichen Fragen äußern, d.h. die Mieter und Mieterinnen haben zukünftig keine Möglichkeiten mit der Quartiersarbeit auch andere Alternativen, als die vom Vermieter, zu diskutieren. Neue, von der Quartiersarbeit entwickelte Projekte zum besseren Zusammenleben in den Hochhäusern wie z.B. die „Wohnverwandtschaften“ kämen so nicht zustande.

Drittens soll das Forum keine Öffentlichkeits- und Pressearbeit zu allen Angelegenheiten, für die die Stadtbau oder die Stadt zuständig sind, machen. Dies soll nicht nur für die von der Stadt finanzierte Quartiersarbeit, sondern auch für die ehrenamtlich arbeitenden Vorstände und Mitglieder gelten. Das würde eine völlige Unterdrückung der Meinungsfreiheit bedeuten. Auch die Bürgervereine äußern sich in der Presse kritisch z.B. zu Bebauungsplänen für ihren Stadtteil, bei denen die Bürgervereine andere Vorstellungen haben als die Stadt.

Die aus unserer Sicht kritischsten Punkte haben wir auf einer Mitgliederversammlung diskutiert und abgestimmt, mit folgendem Ergebnis:

Mit diesem Votum werden wir in die weiteren Verhandlungen gehen. Am Schluss wird der Förderbescheid im Gemeinderat verabschiedet.

A. Wehinger